

Parallele Themenwerkstätten

Samstag, 14. September 2013, 10.15 bis 12.30 Uhr

1. Durch Infrastrukturförderung die kommunale Demokratie stärken

- Hanns-Jörg Sippel, Vorstandsvorsitzender Stiftung Mitarbeit, Bonn
- Moderation: Martin Rüttgers, Politikberatung und Forschung, Köln

Bürger/innen wollen Verantwortung übernehmen und sich an politischen Prozessen und Entscheidungen beteiligen. Zugleich wollen Städte und Gemeinden die kommunale Handlungsfähigkeit stärken, indem sie mit den lokalen Akteuren aus Bürgergesellschaft und Wirtschaft kooperieren und gemeinsam zukunftsfähige politische Strategien entwickeln und umsetzen. Um diesen beteiligungsorientierten Ansatz zu fördern, haben einige Kommunen Leitlinien mit Blick auf Bürgerbeteiligung verabschiedet, die darauf zielen, die Bürgerschaft umfassend zu beteiligen und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Solche Leitlinien in der Praxis mit Leben zu füllen, ist ein voraussetzungsreiches Unterfangen. Politik und Verwaltung sind gefordert, bürgerschaftliche Kompetenzen zu fördern, die nötigen Gestaltungsspielräume freizugeben, eine neue beteiligungsorientierte Verwaltungskultur aufzubauen und durch eine bürgerorientierte Infrastruktur die Selbstorganisation, Mitwirkung und Koproduktion der Bürgerschaft zu unterstützen. Gemeinsam mit den Teilnehmer/innen wird Hanns-Jörg Sippel in der Themenwerkstatt der Frage nachgehen, wie eine solche bürgerorientierte Infrastruktur in der Praxis aussehen kann. Wie können die lokalen Akteure aus Kommunalpolitik, -verwaltung und Bürgerschaft dabei unterstützt werden, entsprechende demokratische Handlungs- und Beteiligungskompetenzen aufzubauen? Welche Rolle können lokale Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen dabei spielen? Welche praktischen Ansätze gibt es, die Binnenstruktur der Verwaltung beteiligungsorientiert zu verändern? Welche Ansätze gibt es, Kompetenzzentren für Beteiligung in den kommunalen Verwaltungen aufzubauen? Und: Welche neuen Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen stellen sich dabei?

2. Bürgerbeteiligung im Spannungsfeld formeller und informeller Planungsprozesse gestalten

- Martina Richwien, IFOK GmbH, Berlin
- Moderation: Anja Stiel, Moderation – Kommunikation – Training, Köln

Bürgerbeteiligung ist in vielen Kommunen gängige Praxis. Gleichzeitig sind die Beteiligungsansprüche in der Bevölkerung in den letzten Jahren massiv gestiegen. Gerade Infrastrukturvorhaben fordern den Widerstand heraus. Anlieger befürchten bzw. erleben eine tiefgreifende Veränderung ihres Umfeldes, sie bangen um einen Verlust an Lebens- und Wohnqualität und fühlen sich auf dem formalen Verfahrensweg nicht eingebunden. Wir stehen deshalb vor der Aufgabe, eine zeitgemäße und effektive Bürgerbeteiligung durch die Verbindung von rechtlich-formalen Beteiligungsverfahren und einer informell-flexiblen Bürgerbeteiligung zu erreichen.

Doch wie kann dies gelingen? In der Werkstatt werden zunächst die Herausforderungen dargestellt, die sich hierbei stellen. Anhand des Fallbeispiels »Stadtbahn Mannheim« zeigt Martina Richwien, wie informelle Beteiligung bei Infrastrukturvorhaben gestaltet werden kann. Die Planung dieser Stadtbahnlinie zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Mannheimer Norden beschäftigte viele Jahre Befürworter/innen und Kritiker/innen. Gemeinsam mit den Mannheimer Bürgerinnen und Bürgern sollte deshalb eine geeignete Lösung für das Bauvorhaben gefunden werden. Ein im Jahr 2010 konzipierter mehrstufiger und in nur einem halben Jahr durchgeführter Bürgerdialog ermöglichte es allen Beteiligten, ihre Anregungen, Wünsche und Bedenken zu äußern und gemeinsam einen Kompromiss zu gestalten. Im Fazit werden Erfolgsfaktoren und Grenzen der Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben benannt und anschließend mit den Teilnehmer/innen darüber diskutiert wie formelle und informelle Beteiligungsprozesse sinnvoll und nachhaltig verbunden werden können.

3. Bürgerbeteiligung in den Gemeindeordnungen verankern

- Dr. Frank W. Heuberger, Beauftragter für europäische Angelegenheiten des BBE, Berlin
 - Birger Hartnuß, Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
- Moderation: Dr. Andreas Paust, IKU_DIE DIALOGGESTALTER, Dortmund

Diskursive Verfahren der Bürgerbeteiligung sind in Deutschland bislang noch kaum institutionalisiert. Sie bleiben daher oft unverbindlich und ohne wirklichen Einfluss. Ein Ansatzpunkt, um Bürgerbeteiligung in

Kommunen von der Ausnahme zum Regelfall zu machen, ist, sie in den Gemeindeordnungen zu verankern. Doch wie kann Bürgerbeteiligung sinnvoll in einem rechtlichen Rahmen festgeschrieben werden? Wie könnten oder sollten Regelungen für Bürgerbeteiligung formuliert sein, um z. B. die Flexibilität ihrer Einsatzmöglichkeiten, Verfahren und Instrumente nicht zu verlieren? Welche Faktoren befördern ein solches Vorhaben? Und wo liegen Stolpersteine und Herausforderungen bei der Umsetzung? Diese Fragen diskutieren Dr. Frank W. Heuberger und Birger Hartnuß gemeinsam mit den Teilnehmer/innen der Werkstatt anhand des Netzwerkimpulses zur »Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Gemeindeordnungen«. Er schlägt eine Verankerung von Bürgermitwirkung und Bürgerbeteiligung in den Kommunalverfassungen in Form eines entsprechenden Paragraphen/Artikels vor. Darüber hinaus skizziert er mögliche Inhalte eines solchen Paragraphen. Der Netzwerkimpuls ist das Resultat eines Diskussionsprozesses in der Aufbaugruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung auf der Grundlage eines Entwurfs der beiden Referenten.

4. Beteiligungskultur stärken! Was heißt das?

- Dr. rer. pol. Jeannette Behringer, Ev.-ref. Kirche Kanton Zürich, Fachstelle Gesellschaft und Ethik, Abteilung Bildung, Schweiz
 - Prof. Dr. Norbert Kersting, Professur für Kommunal- und Regionalpolitik, Uni Münster
- Moderation: Dr. rer. pol. Jeannette Behringer

Wenn Kommunen sich auf den Weg zu »mehr Bürgerbeteiligung« machen, beobachten wir oft die immer gleichen Probleme und Konflikte: Auf Seite der Bürgerinnen und Bürger beteiligt sich häufig nur eine gut gebildete Minderheit, der Gemeinderat empfindet Bürgerbeteiligung als »Konkurrenzveranstaltung« und der Umgang mit Empfehlungen aus einem Beteiligungsprozess wirkt oft intransparent und zum Teil auch hilflos. Das hat vordergründig damit zu tun, dass wesentliche Qualitätsanforderungen an Bürgerbeteiligung nicht beachtet werden. Auf den zweiten Blick aber zeigen diese Probleme auch, dass es zur Stärkung der Bürgerbeteiligung mehr braucht als die Öffnung von Entscheidungsprozessen: Berührt sind auch Werte und Selbstverständnisse der einzelnen Akteure, die Verteilung von Macht, Einfluss und Kompetenzen. Es geht darum, neue Werthaltungen, Gewohnheiten, Selbstverständnisse und Kompetenzen bei allen Beteiligten anzustoßen und in Gang zu bringen, damit Bürgerbeteiligung Teil einer neuen politischen Kultur auf kommunaler Ebene wird.

Im Workshop widmen wir uns dieser »Beteiligungskultur«: Welche Elemente gehören dazu, die über die durchgeführten Bürgerbeteiligungen hinausgehen? Was bedeutet dies für die verschiedenen Akteure? Welche Probleme gilt es auf dem Weg hin zu einer gelebten Beteiligungskultur in den Kommunen zu lösen?

5. Soziale Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – eine untrennbare Verbindung?!

- René Böhme, Universität Bremen, Institut für Arbeit und Wirtschaft
 - Brigitte Karhoff, WohnBund-Beratung NRW, Bochum
- Moderation: Marion Stock, Stiftung Mitarbeit, Bonn

Soziale Stadtentwicklung stellt ein Strategiekonzept dar, welches v. a. darauf abzielt, die Lebensbedingungen der Bewohner/innen in benachteiligten Wohngebieten zu verbessern. Die Einbindung und Beteiligung der Menschen vor Ort in die Aktivitäten stellt dabei eine zentrale Erfolgsbedingung dar. Die Verfestigung von Armut und die fortschreitende sozialräumliche Polarisierung in den Großstädten stellt die soziale Stadtentwicklung aber vor große Herausforderungen. Mit dem Leitbild einer »Sozialen Stadtpolitik« sollen die Teilhabechancen der Menschen in benachteiligten Quartieren verstärkt in den Blick genommen werden. Ziel ist es u. a., das bürgerschaftliche Engagement, die Elemente direkter Demokratie und die Rechte der Stadtteilvertretungen bzw. Stadtteilgruppen so auszubauen, dass sich alle Bürger/innen in ihren spezifischen Lebenslagen und mit ihren Interessen in die Stadt- und Stadtteilpolitik sowie Quartiersentwicklung einbringen können. In der Werkstatt wird über die Herausforderungen der Bürgerbeteiligung in den Quartieren der »Sozialen Stadt« berichtet. Es werden praktische Beispiele für dessen erfolgreiche, aber auch weniger erfolgreiche Ausgestaltung aufgezeigt und über die Folgen der aktuellen Umbrüche im Rahmen des Programms »Soziale Stadt« berichtet. Im Anschluss daran sind die Teilnehmer/innen dazu eingeladen, gemeinsam über die Chancen und Schwierigkeiten der Bürgerbeteiligung in der sozialen Stadtentwicklung zu diskutieren.

Parallele Projektwerkstätten

Samstag, 14. September 2013, 15.30 bis ca. 17.15 Uhr

1. Schwer erreichbare Zielgruppen beteiligen und aktivieren – Beispiele aus der Quartiersentwicklung in Hamburg

Input und Moderation

- Rixa Gohde-Ahrens, Lawaetz Stiftung, Hamburg
- Martina Stahl, Lawaetz Stiftung, Hamburg

Wer sind eigentlich die schwer erreichbaren Zielgruppen und was macht sie schwer erreichbar? Welche Kriterien und konkreten Ansatzpunkte können benannt werden, um diese Zielgruppen zu erreichen und in Beteiligungsprozesse einzubinden? Und wie lassen sich die gefundenen Ansätze in einer Alltagspraxis der Bürgerbeteiligung umsetzen? In die Antwortsuche auf diese Fragen werden die Erfahrungen der Teilnehmenden selbst in aktivierender Weise, z. B. mittels eines kleinen World Cafés, einbezogen. Als Input werden aktivierende Projekte, Methoden und Instrumente aus der praktischen Quartiersentwicklerarbeit in Hamburg vorgestellt und besonders daraufhin beleuchtet, welche der angesprochenen Zielgruppen und auf welche Weise diese erreicht und aktiviert werden konnten. Denn in der Quartiersentwicklung kommt es in besonderer Weise auf die Einbeziehung aller Zielgruppen eines Gebiets an. Dabei sollen v. a. gemeinwesenorientierte, prozesshafte und inklusive Ansätze aus der Beteiligungspraxis zur Sprache kommen. Wir wollen uns neben der Erarbeitung von »Erfolgsmodellen« aber auch über die besonderen Herausforderungen sowie zu überwindende Knackpunkte austauschen und letztlich die Frage diskutieren, wie Beteiligung in diesem Sinne zur gelebten Alltagspraxis werden kann.

2. Jugendliche erforschen und gestalten ihr Lebensumfeld: Das Beteiligungsprojekt »junge Deutsche«

- Simon Schnetzer, Projektgründer/DATAJOCKEY: Social Research & Dialogue, Kempten
- Moderation: Claudia Leinauer, Stiftung Mitarbeit, Bonn

»junge Deutsche 2012/13« ist ein Jugendforschungs- und Beteiligungsprojekt, bei dem junge Menschen von 14-34 Jahren selbst ihre Lebenssituation erforschen. Zudem setzen sie sich auf Grundlage der Ergebnisse für ein besseres Leben und Erwachsenwerden junger Menschen in Deutschland ein. So haben sich beispielsweise an der nationalen Studie »junge Deutsche 2013« über 4.000 junge Leute beteiligt. In insgesamt zwölf Städten wurden lokale Versionen der Studie, wie etwa »junge Kemptener«, »junge Görlitzer« oder »junge Kreuzberger«, durchgeführt. Schließlich haben bei einem nationalen Symposium Vertreterinnen und Vertreter dieser Stadtstudien und andere engagierte Jugendliche auf Basis der lokalen und nationalen Studienergebnisse und ihrer Erfahrungen gemeinsam zehn politische Forderungen aufgestellt, zum Beispiel die Einführung eines Jugend-Checks für neue Gesetze oder eines Wahlrechts für Migrant/innen. Sie wurden bei einer Pressekonferenz in Berlin mit Bundestagsabgeordneten unterzeichnet.

Doch was folgt aus diesen Ergebnissen und Forderungen? In welcher Form finden sie in den Kommunen Gehör und zeigen konkrete Wirkung? Warum beteiligen sich Jugendliche an diesem Projekt? Wie sind sie bei der Forschung vorgegangen? Entspricht dieses Projekt und seine Herangehensweise in besonderem Maße den Beteiligungsbedürfnissen von Jugendlichen? Wo liegen bei der Umsetzung die Herausforderungen und Erfolgsfaktoren? Diese Fragen diskutiert der Projektgründer Simon Schnetzer gemeinsam mit den Teilnehmer/innen der Werkstatt. Zudem erfahren sie, wie die eingesetzte Methode der Aktionsforschung funktioniert, indem sie unter Anleitung des Referenten selbst zu Jugendforscher/innen werden.

3. Lebendige und kraftvolle Prozesse mit »Art of Hosting« gestalten

Input und Moderation

- Dr. Martina Handler, ÖGUT – Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Wien
- Dr. Kuno Sohm, Systemische Organisationsberatung, Höchst, Österreich

Es gibt heute eine Vielzahl an Methoden, um kommunale Beteiligung zu gestalten. Um ergebnisorientierte Prozesse umzusetzen, die Menschen bewegen, braucht es aber mehr als die Kenntnis der Methoden und deren Anwendungsmöglichkeiten. Es erfordert darüber hinaus profundes Verständnis für die

Phasen und Rollen in einem Prozess, Wissen darüber wie Selbstorganisation gelingen und in welchen Räumen Kreativität gedeihen kann. In den 90er Jahren entwickelte eine Gruppe von Prozessbegleiter/innen weltweit aus diesem Gedanken heraus »Art of Hosting«, was man etwa mit »Kunst, Gastgeber/in für gute Gespräche zu sein« übersetzen könnte. Es geht bei »Art of Hosting« darum, Räume und Bedingungen zu schaffen, in denen kreatives miteinander Arbeiten möglich ist. Dabei ist »Art of Hosting« mehr als Methoden- und Prozesswissen. Es ist eine Haltung und Praxis, die im täglichen Tun geübt und weiter entwickelt wird.

Doch was bedeutet das konkret? Wie lässt sich »Art of Hosting« in Beteiligungsprozessen sinnvoll einsetzen? Welche Fragen und Herausforderungen stellen sich bei der Anwendung? Und: Welche Ergebnisse können erzielt werden? Diesen Fragen gehen Martina Handler und Kuno Sohm in der nach »Art of Hosting«-Prinzipien gestalteten Werkstatt gemeinsam mit den Teilnehmer/innen nach.

4. Bürgerbeteiligung bei Planung und Bau des Wiener Hauptbahnhofs

- Prof. Dr. Günther, Kienast, Kienast & Kienast GmbH, Retz, Österreich
 - Mag. (FH) Georg Engel, Kienast & Kienast GmbH, Retz, Österreich
- Moderation: Prof. Dr. Günther Kienast

Der Hauptbahnhof Wien ist mit 109 Hektar ein sehr großes Bahninfrastruktur- und Stadtentwicklungsprojekt im dicht bebauten Stadtgebiet der Österreichischen Bundeshauptstadt. Drei Projektpartner, drei UVP-Verfahren, unzählige direkt und indirekt betroffene Dialoggruppen. Bereits 2006, also lange bevor die Planungen stabil waren, wurde durch die Projektpartner parallel zur klassischen auch mit mitwirkungsorientierter Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Dieser Weg wurde während der Umweltverträglichkeitsverfahren intensiviert und auch in der Bauphase konsequent weiter verfolgt. Die Arbeit mit Bürger/innen erfolgt bis heute frühzeitig, regelmäßig, persönlich und auf Augenhöhe. Mitwirkungsformate sind die sogenannten Bezirksforen, ergänzt durch Arbeitsgruppen, betreute Ausstellungen und Instrumente der klassischen Öffentlichkeitsarbeit. Auch wenn das Projekt von manchen Gruppen noch kritisch gesehen wird, ist mittlerweile zwischen Projektvertreter/innen und den betroffenen Dialoggruppen eine tragfähige, konstruktive Arbeitsbeziehung entstanden. Die mediale Resonanz beschränkt sich auf interessante Baudetails, Veranstaltungen und gewonnene Preisen des Projektes.

Mehr über Erfolgsfaktoren, die dazu beigetragen haben, Bürgermitwirkung wie selbstverständlich erscheinen zu lassen, erfahren Sie in der Projektwerkstatt. Gemeinsam diskutieren wir darüber, wo die wichtigsten Herausforderungen liegen, und wie dieses Projekt dazu beitragen kann, Bürgerbeteiligung in Kommunen zur Selbstverständlichkeit zu machen.

5. Mit Online-Plattformen zu mehr Bürgerbeteiligung? Das Beispiel LiquidFriesland

- Sven Ambrosy, Landrat des Landkreises Friesland

Moderation: Stefan Löchtfeld, e-fect dialog evaluation consulting eG, Oldenburg

Mit dem Internet und den damit einhergehenden zusätzlichen Chancen und Möglichkeiten verbinden sich nach wie vor Hoffnungen, neue Zielgruppen für die politische Partizipation zu erschließen. Dies war u. a. auch eine Motivation für den Landkreis Friesland, die Online-Plattform LiquidFriesland zu realisieren und im November 2012 frei zu schalten. Sie basiert auf dem hierzulande durch die Piratenpartei bekannt gewordenen Konzept der Liquid Democracy, das Elemente der direkten und repräsentativen Demokratie verbindet. Der Landkreis ist damit die erste Gebietskörperschaft der Bundesrepublik, die die Open Source Software LiquidFeedback einsetzt. Die Plattform bietet den Bürgerinnen und Bürgern über 16 Jahren des Landkreises die Möglichkeit, Vorlagen der Kreisverwaltung zu diskutieren, Alternativen vorzuschlagen, eigene Initiativen einzubringen und darüber abzustimmen. Nach einer Pilotphase beschloss der Kreistag im Juni 2013 mit großer Mehrheit – auf Grundlage eines Evaluationsberichts – die Fortführung des Projekts.

In der Projektwerkstatt gibt der Initiator des Vorhabens – Landrat Sven Ambrosy – einen Einblick in die Entstehung, Ziele, Rahmenbedingungen, Funktionsweise und erste Ergebnisse des Projekts. Er diskutiert mit den Teilnehmer/innen der Werkstatt, ob die mit der Plattform verbundenen Erwartungen und Ziele realisiert werden konnten, welche Faktoren bei der Realisierung förderlich oder auch hinderlich waren und wie solche Projekte dazu beitragen können, Bürgerbeteiligung zur gelebten Alltagspraxis zu machen.